

## 17. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion Die Linke

#### **Voraussetzungen für verlässlichen S-Bahn-Betrieb in kommunaler Hand**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bis spätestens zum 28. Februar 2012 zu berichten, welche finanziellen, personellen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um den S-Bahnbetrieb an ein kommunales Unternehmen im In-House-Verfahren zu vergeben. In diesem Zusammenhang ist auch eine Zeitplanung bis zur möglichen Übernahme des S-Bahnbetriebs ab dem Jahr 2017 darzustellen.

Gleichzeitig wird der Senat aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus zum 15. Januar 2012 eine Konzeption (Finanzierung, technische Spezifikation, Klärung von Gewährleistungen und Risikoübernahmen, Ausschreibungsmodalitäten) für die Beschaffung neuer S-Bahn-Züge durch das Land vorzulegen.

#### *Begründung:*

Der Deutsche-Bahn-Konzern, der dem Bund gehört und von der Bundesregierung verantwortet wird, hat das S-Bahn-Netz und den S-Bahn-Betrieb an den Rand des Ruins gewirtschaftet. Mit Blick auf hohe Ausschüttungen und die Absicht, die DB AG an der Börse zu verkaufen, wurden Gewinne aus dem Unternehmen gepresst, während Instandhaltung, Personal und Betriebsinventar zurückgefahren wurden.

Es zeigt sich: Wo Maximalprofit angestrebt wird, kommt die Leistungserstellung unter die Räder. Was sich daraus ergibt, mussten die Berlinerinnen und Berliner in den vergangenen beiden Wintern erleben. Die S-Bahn wurde dermaßen heruntergewirtschaftet, dass schnelle Abhilfe nicht möglich war.

Zu dieser Politik gibt es Alternativen. Ein demokratisch kontrolliertes, gut geführtes, dem Gemeinwohl verpflichtetes, kommunales Unternehmen bietet die Gewähr für verlässliche und qualitativ hochwertige Leistung, für Preisstabilität und tariflich gesicherte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Dazu sollen die Dienstleistungen der S-Bahn in die Verantwortung Berlins übergehen.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Eine Privatisierung sowie eine Aufteilung des S-Bahn-Betriebs an verschiedene private Anbieter wären nur alter Wein in neuen Schläuchen. Private Eigentümer sind immer gezwungen, im Interesse ihrer Aktionäre Maximalrenditen zu erzielen. Das private Gewinninteresse muss sich im Zweifel gegen die Qualität der Dienstleistung durchsetzen. Da ein kommunales Unternehmen zum S-Bahn-Betrieb noch nicht existiert, muss die notwendige Beschaffung neuer S-Bahn-Züge durch das Land vorbereitet und umgesetzt werden.

Berlin, den 30. November 2011

U. Wolf            H. Wolf  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion Die Linke